

Auf dem Weg zur gerechten Stadt

Filderstadt: Die Stadtverwaltung stellt ein Vielfaltskonzept vor. Das Ziel ist Gemeinschaft ohne Diskriminierung.

Von Peter Stotz

Eine Gemeinschaft von mehr als 46 000 Menschen mit höchst unterschiedlichem ethnischen, sprachlichem und kulturellem Hintergrund so zu gestalten, dass jeder die gleichen Chancen im Alltag hat, ist eine anspruchsvolle Herausforderung. Gilt es doch, Barrieren in den Köpfen abzubauen, latent diskriminierende Strukturen zu überwinden, Bewusstsein und Wertschätzung für Vielfalt wachsen zu lassen. Die Stadt Filderstadt hat sich dieser Aufgabe angenommen und ein Vielfaltskonzept für eine chancengerechte Stadt entwickelt. Rund 31 Prozent der Einwohner Filderstadts haben eine Migrationsgeschichte und tragen damit zum Bild eines Gemeinwesens mit großer ethnischer, kultureller, sprachlicher und religiöser Vielfalt bei. „Wir leben in einer sehr vielfältigen Stadt und wollen allen Menschen in dieser Stadt die gleichen Chancen offerieren, ganz unabhängig davon, welche Startvoraussetzungen sie haben, ohne Diskriminierung oder Ausgrenzung“, sagte Oberbürgermeister Christoph Traub am Montag bei der Vorstellung des kommunalen Vielfaltskonzepts, mit dem der Weg zu einer chancengerechten Stadt beschritten werden soll.

215 Seiten voller Ideen

Das Konzept stellt das Ergebnis eines 18 Monate andauernden Diskussions- und Entwicklungsprozesses dar, der sich maßgeblich auf Bürgerbeteiligung in Form von Umfragen, Interviews, Workshops und Bürgerkonferenzen, aber auch auf die Expertise von Vereinen und anderen gesellschaftlich aktiven Organisationen stützt. Barbara Scheubert, die Leiterin des Amts für Integration, Migration und Soziales, und die städtische Integrationsbeauftragte Maryna Kuzmenko waren federführend an der Entwicklung und Erstellung des

Konzepts beteiligt. „Wir haben alle Lebensbereiche und Handlungsfelder in der Stadt in den Blick genommen. Sprache und Bildung ebenso wie Wohnen, Arbeit, Ehrenamt, Sport und Gesundheit“, sagte Scheubert. Wichtig sei dabei gewesen, sich nicht an den Defiziten, sondern an den Ressourcen zu orientieren und sie im Konzept auch zu benennen, sodass praxisorientiert ab sofort mit der Umsetzung begonnen werden könne.

Dem 215 Seiten starken Werk war der Leitgedanke „Das Zusammenleben in Vielfalt gemeinsam gestalten“ vorangestellt worden. Traub betonte dazu, dass dies sämtliche Lebens- und Handlungsbereiche in der Stadt umfassen soll und nicht nur Menschen mit Migrationsgeschichte betreffe. „Das komplette gesell-

schaftliche Leben soll davon durchdrungen werden – eine durchaus steile Ansage, die wir damit formulieren“, beschrieb der Oberbürgermeister.

Breite politische Unterstützung

Bürgermeister Jens Theobaldt ergänzte dazu, dass bei der Entwicklung von Wertschätzung und Respekt sowie zur Umsetzung von Teilhabe und Chancengleichheit jeder in der Stadt aufgerufen sei, eine aktive Rolle einzunehmen. „Das Zusammenleben so zu gestalten, dass wir antidemokratische, diskriminierende und rassistische Tendenzen abwehren können, ist eine wesentliche Aufgabe der Verwaltung, aber auch jedes Einzelnen“, sagte er.

Der Tübinger Verein Adis, der unter anderem als Fachstelle Diskriminierung in

Baden-Württemberg tätig ist, hatte die Entwicklung begleitet. Der Geschäftsführer Andreas Foitzik hob die breite kommunalpolitische Unterstützung für das Konzept hervor. Das Leben in der Stadt werde sich damit zwar nicht sofort ändern, auch müsse sich zeigen, wie „konfliktbeständig“ der Gedanke der Chancengerechtigkeit sei, doch „es orientiert sich an der Lebensrealität und ist ein Konzept, von dem viele Kommunen lernen werden“, prophezeite er. Das Konzept wird nun im November dem Bildungs-, Kultur- und Sozialausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt, über sämtliche Vorhaben zur Umsetzung soll künftig jährlich bei Informationsveranstaltungen diskutiert werden. Eine Evaluation und Fortschreibung ist in fünf Jahren vorgesehen.



Vielfalt – mit gebotener Distanz: Bürgermeister Jens Theobaldt, Amtsleiterin Barbara Scheubert, Oberbürgermeister Christoph Traub, Moderator Andreas Foitzik und die Integrationsbeauftragte Maryna Kuzmenko (von links).

Foto: Peter Stotz